

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Eingangspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblen 30 Pf.

Von der Cholera.

Berlin, 19. Oktober. Nach Meldung des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind vom 16. zum 17. d. M. in Altona 2 Erkrankte, in 2 Todesfälle vorgekommen, in Stettin eine tödlich verlaufene Erkrankung, in Paderborn 5 Erkrankungen (einer gestorben) und in einem anderen Orte des Kreises 2 Erkrankungen an Cholera. Der Stettiner Fall betrifft eine Frau, die nach amtlicher Mitteilung am Sonntag verstorben und, wie erst die bakteriologische Untersuchung ergeben hat, an asiatische Cholera gelitten hat.

In Folge der in Bobrek und Niska (Rußisch-Polen) vorgekommenen Cholerafälle ist die Grenze zwischen Ostpreußen, Dombrowa und Białogóra gesperrt; die österreichische Grenze ist noch frei. Im Auftrage des General-Gouverneurs Gurko hat sich ein Delegierter in die Grenz-Ortschaften Kongresspolen begeben, um genauen Bericht über den Stand der Cholera zu erstatten.

Aus dem nunmehr vollständig vorliegenden Berichte des Direktors des kaiserlichen öffentlichen Gesundheitsamtes über die Cholera verdienen noch folgende Angaben Erwähnung: Die diesjährige Choleraepidemie, die schon mehr als 200,000 Opfer gefordert, ist wie die Seuchen von 1830 und 1846 auf dem Landwege nach Europa gedungen und hat anfanglich fast denselben Weg eingeschlagen wie jene. Der Verlauf der früheren Seuchen, die jedesmal mehrere Jahre dauerten und nur im Winter nachließen, geht zu der Voraussetzung über, daß die Cholera nächstes Jahr wieder auftreten werde. Während in Rußland die asiatische Cholera wüthete, herrschte im April in der Bananville von Paris eine Seuche, welche die französischen Sanitätsbehörden als „cholera-artigen Durchfall“ taufte. Sie zeigte indes wenig Neigung, sich auszudehnen, so daß die Sanitätsbehörden sich nicht kümmerten. Trotzdem sind drei Erkrankungen aus der Umgebung von Paris nach Belgien verschleppt worden, und zwar nach Aspelare (21. Juli), Etichove (29. Juli) und Sumet (13. August). Die vorgelegten Gesundheitsausweise griffen thätig ein, und es blieb es bei jenen einzelnen Fällen. Am 15. August kam die Cholera auf dem Dampfer „Saint Paul“ von Havre nach Antwerpen, von wo sie sich auf dem Wasserwege nach den Provinzen Ostflandern und Hennegau verbreitete. Der Bericht verlangt eine Verhinderung des Verkehrs mit dem Ausland, damit man sich gegenfeitig und sofort die Wahrheit sage.“ Die Konfession thut zwar ihr Möglichstes, ihre Regierung zu benachrichtigen; allein das genügt nicht, wie die Vorfälle in Hamburg und Havre beweisen thäten.

Nach einer Bekanntmachung der kaiserlichen Eisenbahn-Direktion zu Hannover verkehren vom 20. d. M. ab wieder die zur Zeit noch ausfallenden Schnell- und Personenzüge von und nach Hamburg. Es fehlen aber immer noch eine Anzahl Züge im Bereich der kaiserlichen Eisenbahn-Direktion Altona, darunter der dringende notwendige Nachschub von Berlin nach Hamburg.

Für die Hamburger Nothleidenden sind ferner eingegangen seitens der Stadt Danzig 3000 Mark, seitens der Dresdener Niederlage als Ergebnis eines Konzerts 2200 Mark, ferner als Ergebnis von Sammlungen im Oberamtsbezirk St. Marien in Witten 514 Mark und als Theatertrag einer Sammlung in Neustadt (Holstein) 501 Mark. Die Deutschen in New York haben einen fernen Betrag von 25,000 Mark überwiesen. Aus Paris ist die zweite Rate der dort von Deutschen veranstalteten Sammlungen mit 5000 Franken eingegangen.

Da Wandsbeck jetzt seuchefrei ist, führt das hannoversche Infanterie-Regiment Nr. 15 aus dem Kockheider Lager demnächst nach seiner Garnison in Wandsbeck zurück.

Best, 18. Oktober. Der Leopold-Bahnhof ist wegen der Cholera vom 6. auf den 24. November verschoben worden, wie bei der Epidemie im Jahre 1886.

Krauk, 18. Oktober. (W. T. B.) Gestern sind hier zwei Cholera-Erkrankungen und ein Todesfall vorgekommen. In Bogdorsie erkrankte ein Kind an der Cholera, dessen Eltern von der Krankheit dahingerafft worden waren. In Niepolomice ist der allein noch vorhandene Cholerafrankt genesen.

Amsterdam, 18. Oktober. (W. T. B.) Aus Rotterdam, Utrecht, Gouda und Dordrecht wird je ein Fall von Erkrankung an Cholera gemeldet, in Utrecht sind außerdem zwei Todesfälle vorgekommen. Nach der wöchentlichen Veröffentlichung des Ministers des Innern sind 35 Todesfälle an asiatischer Cholera vorgekommen, von denen 9 auf Utrecht kommen.

Rotterdam, 18. Oktober. Laut amtlicher Statistik starben in den Niederlanden letzte Woche an der Cholera 34 Personen gegen 44 in der Vorwoche. Die Gesamtsumme der Todesfälle beträgt 164, wovon auf Rotterdam 19, auf Utrecht 14 und auf Amsterdam 6 kommen.

Nach den Nachrichten, die bei dem Sanitätsrat in Konstantinopel einkommen, nimmt die Cholera in Erzerum zu. In Hobeida (Persien) ist die Epidemie in der Abnahme, doch kommen in Batum noch immer sporadische Fälle vor.

Deutschland.

Berlin, 19. Oktober. Die neueste Senatsanordnung, mittels welcher im Reichstage von vornherein Stimmung gegen die Militärvorlage gemacht werden soll, geht dahin, daß der Reichstagsler bereits die Ermächtigung habe, den Reichstag aufzulösen, falls derselbe die Militärvorlage ablehnen sollte. Wir bezweifeln nicht einen Augenblick, daß, falls der Reichstagsler angedeutet einer ablehnenden Haltung des Parlaments die Auflösung für notwendig erachtet sollte, die allerhöchste Ermächtigung hierzu nicht verweigert werden würde. Zur Zeit liegt aber sicherlich kein Grund vor, diese äußerste Maßregel in Erwägung zu ziehen. Die maßgebenden Faktoren des Reichs sind von der Ueberzeugung erfüllt, daß die Militärvorlage ins Besondere zu führenden Gründe tief durchdrungen und haben in dem Patriotismus der ausfallenden Parteien das volle Vertrauen, daß dieselben diese Gründe würdigen werden. Ein innerer Grund, im jetzigen Stadium der Angelegenheit eine Reichstagsauflösung schon ins Auge zu fassen, liegt sonach nicht

vor und würde dies auch allen bisherigen Gepflogenheiten widersprechen.

Die politische Zeichenrede hat in letzter Zeit einen des Humors nicht entbehrenden Umfang angenommen. Aus der Unwesenheit einzelner Abgeordneter in Berlin wird jetzt sogar auf das Schicksal großer gesetzgeberischer Vorlagen geschlossen. So bringen einige Blätter die Unwesenheit der Zentrumsabgeordneten Freiherrn von Huene und Dr. Kieber mit der Militärvorlage in Zusammenhang und vermuthen hinter dieser Unwesenheit allerlei Abmachungen, die für den Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen von Bedeutung sein könnten. Dabei erklärt sich der Aufenthalt der genannten Herren in Berlin sehr einfach. Freiherr von Huene ist Mitglied der Wahlen-Enquete-Kommission und nimmt als solches an den Kommissionsberatungen schon seit dem Wiederbeginn derselben regelmäßigen Theil. Und Herr Dr. Kieber, der allerdings erst in den letzten Tagen in Berlin eingetroffen ist, ist Vorsitzender des Präsidiums für die Weltausstellung in Chicago. Da der letztere alle vierzehn Tage Sitzungen hat, so ist Herr Dr. Kieber in höchst anerkennenswerthe Weise monatlich zweimal der deutschen Hauptstadt seinen Besuch ab und versieht damit sein Ehrenamt mit einer Aufopferung, die man nicht überall findet. Die einfachsten Erklärungen liegen für politische Zeichenrede stets am fernsten.

Oberbürgermeister Zelle wurde am gestrigen Tage vor der Grundsteinlegung für die Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche im Schloß vom Kaiser zur Audienz empfangen. Wie wir hören, empfing der Kaiser Herrn Zelle auf das freundlichste und freundlichste. Er wiederholte ihm den Glückwunsch zur Wahl und zu seinem neuangeordneten Amt. Ueber die Thätigkeit der Gemeindebevorstande äußerte sich der Kaiser voll des Lobes für dieselben und betonte besonders die Energie und Umsicht, die aufgewendet worden sei, um den unheimlichen und unheimlichen Gaiß, die Cholera, mit Erfolg zu bannen. Obwohl das Vorzimmer des Kaisers mit Worten angefüllt war, dauerte die Unterredung doch fast eine Viertelstunde.

Der „Straß. Post“ wird über den Eintritt Vorhars Buchers in den Staatsdienst von einem Freunde des Blattes folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1864 traf ich auf einer Gebirgspartie mit Dr. Stein, dem Redakteur der „Dresd. Ztg.“, zusammen. Stein war ein vertrauter Freund Vorhars Buchers; beide waren im Jahre 1848 als Mitglieder der Nationalversammlung in Berlin gewesen, wo sie fast täglich mit dem damaligen Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen in einer Restauration in der Nähe des Theaters zusammen trafen und wo somit die erste nähere Bekanntschaft zwischen Bismarck und Bucher stattgefunden hat. In der späteren Zeit Vorhars Buchers in das auswärtige Amt hat letzterer dem Dr. Stein brieflich wie folgt erläutert: Bei Gelegenheit einer Sitzung des Ministeriums sagte der damalige Justizminister Graf zur Lippe: „Heute ist mir etwas Merkwürdiges passiert; Vorhars Bucher hat sich um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bemüht. Natürlich kann man den Mann nicht anstellen.“ „Was?“ rief Bismarck, „Bucher will in den Staatsdienst? Na, wenn Sie ihn nicht nehmen, nehme ich ihn.“ „Wenn meines Erlaßens. Darauf schreibt Bismarck an Bucher. Dieser, bekanntlich auch Mitbegründer des Nationalvereins, schreibt darauf an Bismarck: „Grellen lernen meinen nationalen Standpunkt, welchen ich niemals verlegen werde.“ „Darauf schreibt Bismarck: „Ihren nationalen Standpunkt kenne ich freilich sehr genau, aber den brauche ich gerade zur Durchführung meiner Politik, und ich werde Ihnen nur Arbeiten zur Ausführung übertragen, welche sich im Geiste Ihrer nationalen Bestrebungen bewegen.“ Darauf erfolgte die Erklärung Buchers, daß er in diesem Falle die gebotene Stellung gern annehme.

Die Einberufung des preussischen Landtages auf den 9. November ist jetzt amtlich verordnet worden. Es ist voraussichtlich die letzte Tagung der ersten fünfjährigen Gesetzgebungsperiode. Ungewöhnlich früh tritt der Landtag zusammen und ungewöhnlich groß und bedeutsam ist der Arbeitsstoff, der seiner wartet. Im Mittelpunkt steht die Durchführung der Steuerreform. Was jetzt dem Landtag vorgelegt wird, das wird das Steuerwesen Preußens auf Jahrzehnte hinaus auf feste und dauernde Grundlagen stellen und die Folgezeit wird höchstens noch Verbesserungen im Einzelnen vorzunehmen haben. Im Allgemeinen wird man aus den bisherigen Erörterungen über die Steuerreform den Eindruck gewonnen haben, daß die Vorlagen eine übermäßig günstige Stimmung vorfinden werden und daß alle Aussicht vorhanden ist, zu einem befriedigenden positiven Ergebnis zu gelangen, gestützt durch die Zustimmung einer bedeutenden Mehrheit beider Häuser des Landtages. Die Legislaturperiode würde dann hiermit und mit der Landgemeindeordnung zu bedeutsame Ergebnisse hinterlassen, wie seit langer Zeit keine in Preußen. Im Uebrigen wird sich der Landtag im Hinblick auf die große, durch die Steuerreform und die damit zusammenhängende Neuordnung des Wahlrechts verurteilte Arbeit wohl nur mit Geschäften zweiten und dritten Ranges zu befassen haben, abgesehen vom Staatshaushalt. Es wird eine arbeitsreiche und voraussichtlich langwierige Session werden, die auch manche Hindernisse in Folge des ausgebreiteten gleichzeitigen Tagens mit dem Reichstag und der hier bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe und Schwierigkeiten zu überwinden haben wird.

In der im Sommer geschlossenen Landtagssession befanden sich die Fraktionen folgende Stärke: Die Konservativen 124, die Freikonservativen 64, die Nationalliberalen 83, die Zentrumsgruppe 91, die Freisinnigen 27, die Polen 14, die Witten 14, erledigt waren 6 Mandate: 7. Hannover (Hammeln), bisher vertreten durch den Freikonservativen, am 25. Juni gestorbenen Spangenberg, 2. Werberburg (Schneewitz-Wittenberg) (der konservative Vertreter Dr. v. Koseritz legte wegen der Ernennung zum Staatsminister von Anfang am 16. Mai sein Mandat nieder). 11. Wiesbaden (Frankfurt a. M.) (die Wahl des nationalliberalen Abg. Dr. Grimm wurde am 24. Mai für ungültig erklärt), 2. Köslin (Hammelsburg-Schlau) (der freikonservative v. Balan hatte wegen der Ernennung zum Polizeipräsidenten in Potsdam sein Mandat am 10. Juni niedergelegt), 2.

Nachen (Eupen) (der Zentrumsmann Spahn hatte wegen Rangeshöhung am 21. Juni sein Mandat niedergelegt) und 2. Erfurt (der Zentrumsmann Im Walde hatte am 23. Juni wegen Rangeshöhung sein Mandat niedergelegt). Nach Schluß der Session wurden in diesen Wahlkreisen von Balan (am 26. August), Spahn und Im Walde (am 19. August) wiedergewählt, im 7. Hannover ein Nationalliberaler Hausmann (statt des bisherigen Freikonservativen), im 2. Werberburg Kober (ebenfalls konservativ wie sein Vorgänger), 11. Wiesbaden der Freisinnige Kund (die Nationalliberalen verloren diesen Wahlkreis) neu gewählt. Nach Schluß der Session wurden 14 Mandate erledigt. Im 9. Schleswig-Holstein (Pinneberg) legte Peters (natl.) das Mandat am 9. August nieder und wurde am 15. Oktober durch den ebenfalls nationalliberalen Timm ersetzt. Im 9. Düsseldorf (Gelsen, Kempen) legte Dr. Berger (Zentrum) am 9. August sein Mandat nieder, im 4. Köslin (Köslin-Koblenz-Köthen, Düblich) starb v. Holz (natl.) am 21. Juli; im 3. Köslin (Schivelbein-Drumburg) legte Graf Klein-Schmeling (natl.) am 10. August sein Mandat nieder. Im 1. Berlin vor Reich (natl.) am 11. August verstorben. Im 9. Wiesbaden (Stadtkreis Wiesbaden, Unterarmutskreis) legte Wismann (natl.) das Mandat am 12. August nieder. Im 3. Hildesheim (Nordenburg, Göttingen) starb Machen (natl.) am 7. September, im 1. Frankfurt (Amdorfer, Friedeburg) v. Meyer (natl.) am 9. September. Im 1. Marienwerder (Stuhm-Marienwerder) legte Wessel (natl.) wegen Ernennung zum Polizeipräsidenten in Danzig am 31. August das Mandat nieder, im 1. Wiesbaden (Wiesbaden) v. Natl. am 11. August, im 5. Münster (Bielefeld, Warendorf, Bielefeld) v. Natl. am 10. August, am 24. September, im 4. Bochum (Gelsenkirchen, Herbern, Erkelenz) v. Natl. am 16. Oktober, im 1. Köslin (Rauenburg-Witten, Stolp) von Veltow (natl.) am 5. Oktober, im 7. Gumbinnen (Gumbinnen-Ortelsburg) starb v. Schwerin am 18. September.

In die neue Landtagssession werden die Parteien in folgender Stärke eintreten: Konservativ 124, Freikonservativ 64, Nationalliberal 82, Zentrum 96, Freisinnige 26, Polen 14, Witten 12; erledigt sind 13 Mandate.

Aus dem Wahlkreise Amdorfer-Friedeburg wird der „Nat. Kor.“ vom 17. Oktober geschrieben:

Gestern Nachmittag fand in Driesen unter Vorsitz des Herrn Ratsh. eine aus den verschiedensten Theilen des Wahlkreises sehr zahlreich besuchte Versammlung der Vertrauensmänner der freisinnigen Partei statt, in welcher über die Kandidatur für die Ersatzwahl eingetragene Beschlüsse gefaßt wurden. An der Versammlung nahmen auch die Abgeordneten Dr. v. Natl. und Richter Theil. Die Verhandlung, in welcher auch die Vertrauensmänner Bericht erstatteten, dauerte 3 Stunden. Der Abgeordnete Dr. v. Natl. wurde einstimmig zum letzten Ruf als Kandidat aufgestellt. Weitertheil wurde u. a., daß die Nationalliberalen einen befürworteten Kandidaten aufstellen werden, man nannte als solchen wiederum den Staatsminister a. D. Hobrecht. (Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß nationalliberaler Kandidat ein im Wahlkreise wohnender Richter sein werde.) Eine Verständigung ist unter den Vorständen der freisinnigen und nationalliberalen Partei dahin getroffen worden, daß derjenige Kandidat der liberalen Parteien, welcher in die Stichwahl kommt, von allen Liberalen gewählt wird. Man wünschte daher auch allseitig, daß der Wahlkampf so geführt werde, daß ein Zusammengehen aller Liberalen bei der Stichwahl nicht erschwert werde. Hervorgehoben wurde noch, daß ein Theil derjenigen Wähler, welche diesmal für den nationalliberalen Kandidaten stimmen werden, bisher konservativ gewählt habe und daß die Konservativen die antimilitärische Bewegung, die jetzt unter Führung des Rektors Althoff auf alle Theile des Wahlkreises übertrag werden soll, begünstigt haben. Da ihnen die Kandidatur Althoff gerade sehr angenehm sein wird, steht dahin. Die Art und Weise, wie dieser antimilitärische Kandidat, für den Kiebermann von Sonnenberg und Woldeberg nicht bloß gegen die Juden aufgetreten ist, übertrifft Alles, was man bisher hier erlebt hat.

In der „Nordb. Allgemeinen Zeitung“ lesen wir:

Die Thatsache, daß der Justizminister bei den kaiserlichen Gerichten die weitere Strafverfolgung gewisser Verbrechen, auf seine Privattheorie der Druckschriften verzichtet hat, wird in einem Theile der deutschfreisinnigen Presse einer ungünstigen Beurteilung unterzogen. Dem gegenüber sind wir in der Lage, aus unrichtiger Quelle die Motive jenes Verzichtes mitzutheilen für die unparteiische Werksamkeit eines Ministers, welcher die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft und in einem gewissen Sinne auch über die Gerichte zu führen hat, ist es unermüdet, wenn er bei diesen Behörden als Kläger auftreten und ihren Schutz für seine Person in Anspruch nehmen soll, und dies gilt in erstem Maße, wenn der Minister durch diese Prozessführung in eine persönliche Gegnerschaft zu gewissen Richtungen im Staatsleben tritt. Dennoch ist der Justizminister, so weit in jenen Druckschriften Äußerungen thätiglicher Natur enthalten waren, zu Strafverfahren geschritten, aber einzig zu dem Zweck, eine Wichtige Stellung des Sachverhalts herbeizuführen. Von diesem Standpunkte aus konnte er die Sache als erledigt betrachten, nachdem in anderen Untersuchungen eine eingehende, die eblische Vernehmung des Ministers in sich schließende Beweisaufnahme stattgefunden und sich, wie in einer Sache auch durch richterliches Urtheil festgestellt wurde, die völlige Haltlosigkeit jener Äußerungen ergeben hatte.

Ob eine etwaige Wiederaufnahme dieser Untersuchungen einer gleichen Schonung begegnen würde, erscheint uns zweifelhaft.

Die „Nat. Ztg.“ schreibt: Die „Braunschweigische Landeszeitung“ hält auch, nachdem sich die Nachricht von einer Zusammenkunft des Herzogs von Cumberland mit dem deutschen Kaiser in Wien als aus der Luft gegriffen herausgestellt hat, an der Ueberzeugung fest, daß den Nachkommen des Herzogs von Cumberland die Thronfolge in Braunschweig vorbehalten werden solle. Wir wissen nicht, worauf das braunschweigische Blatt diese Ueberzeugung gründet, jedenfalls können wir auf Grund besserer Erläuterungen ver-

sichern, daß auf preussischer Seite nicht die geringste Neigung vorhanden ist, diesen Traum einiger Welsen und Welsenfreunde zu verwirklichen. Werder der Herzog von Cumberland noch sein jugendlicher Sohn haben die geringste Aussicht, den braunschweigischen Thron je zu bestiegen. Sobald einer von ihnen in Braunschweig zur Regierung käme, würde er bei den steten Wahlen der Welsen in Hannover ein naturgemäßer Krönungspunkt für diese Umtriebe und damit eine dauernde Gefahr für den Bestand des preussischen Staates sein. Der Sachverhalt ist so klar, daß es uns völlig unverständlich ist, wie vernünftige Braunschweiger ihn verkennen können.

Aus Kiel, 17. Oktober, wird der „Nat. Ztg.“ geschrieben:

Der Schwerpunkt der Thätigkeit der Marine liegt im Winter nicht mehr wie früher allein in den Bildungsanstalten, obwohl die Lehrsäle sich in der Akademie und den Schulen von Jahr zu Jahr mehr füllen und der wissenschaftlichen Ausbildung unserer Offiziere nach wie vor eine außerordentliche Sorgfalt zugewandt wird. Es wird jetzt auch die praktische Ausbildung an Bord im Winter eifrig betrieben. Die milde Witterung im südwestlichen Bodeu der Dtsche hält den Küsten Hafen fast das ganze Jahr hindurch eisfrei. So hat denn im vorigen Winter das Uebungsgefahr sich fast ganz ungehindert auf der Höhe bewegen können und auch in diesem Jahre wird es voraussichtlich der Fall sein. Besonders aber ist es die Torpedowaffe, welche die Wintermonate aus das äußerste ausnützt. Die Thätigkeit der eigentlichen Schul- und Versuchsschiffe ruht niemals. Der Dienst auf den Torpedobooten wird von Jahr zu Jahr mit größerer Energie und im größeren Umfang betrieben. Während die Panzer „Boden“ und „Bären“, die jetzt beide mit grauem Anstrich versehen sind, sich erst für ihre Uebungsfahrten auf der Höhe rühren, kann man die Torpedoboots-Divisionen fast täglich in rascher Bewegung sehen. Auch die Schiffe, welche ihre Probefahrten ausführen, wie „Kaiserin Augusta“, „Meteor“ und „Seeadler“ tragen dazu bei, das Bild des Kieler Kriegsschiffens zu beleben.

Kassel, 17. Oktober. Am morgigen Tage tritt hier, wie bereits mitgeteilt, die kurhessische Landessynode zusammen. Zum Vorsitzenden ist der Kammerherr v. d. Malsburg-Eicheberg, zum landesherrlichen Kommissar Herr Konsistorialpräsident v. Trott ernannt worden. Der Synode werden u. a. zur Beratung vorgelegt werden: 1. Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend die Verlegung des Stuhls und Sitzes im Konsistorialbezirk Kassel, 2. Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend die Aufhebung der Stuhlgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote im Bezirk des Konsistoriums zu Kassel. Die Synode besteht aus den drei General-Superintendenten Weyner, Kohn und Fuchs, 13 Superintenden, einem gewählten Mitglied der theologischen Fakultät der Universität Marburg (Professor Dr. Aghel), 50 von den Diözesan-Synoden gewählten Abgeordneten und sechs vom Landesherren benannten Mitgliedern, im Ganzen also 73 Mitglieder.

Wiesbaden, 18. Oktober. Der Mezer verläßt definitiv im April seinen Wohnsitz dauernd nach Paris. Er beantragte einen hiesigen Agenten, seine Villa zu verkaufen oder zu vermieten. Als Grund des Wegzuges giebt Dr. Mezer an, daß, nachdem seine Söhne deutsche Erziehung erhalten, denselben jetzt auch französische Ausbildung zu Theil werden solle.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths kam es in Folge der Weigerung des Bürgermeisters, zwei von antiliberalen Mitgliedern gestellte Interpellationen zu verlesen, in denen Beleidigungen gegen den Bezirksrath enthalten waren, zu erregten Szenen. Der Bürgermeister war genöthigt, zwei Antiliberalen die Ausschließung von den Sitzungen anzubieten.

Best, 18. Oktober. (W. T. B.) In der heute Abend abgehaltenen Plenarsitzung der Reichstagsdelegation wurde das Ordinarium und Extraordinarium des Heeresbudgets angenommen und die Beratung des Dispositionsrestes begonnen. Der Jungeheer Majarat unterzog dabei die Zustände im Dispositionsgebiete einer äußerst sprechenden Kritik; derselbe wird morgen seine Ausführung fortsetzen.

Best, 18. Oktober. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus beriet heute die Anfrage betreffend die für den 2. November geplante Entschädigung des Landwehr-Deputierten. Abgeordneter Grobrot protestirte dagegen, daß Dönnbes aus den Jahren 1848-49 das Denkmahl des General Denki bestritten sollten. Der Ministerpräsident Graf Szapary erklärte, es bleibe der Ueberzeugung eines Jeden überlassen, an der Bekrönung theilzunehmen oder nicht. Graf Apponyi beantragte eine nachträgliche Ueberprüfung des Programms. Die Verhandlungen wurden sodann abgebrochen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Belgien.

Brüssel, 18. Oktober. (W. T. B.) Der Bund der völkischen Gesellschaften ließ an den Mauern in Brüssel einen Anschlag anbringen, dessen in äußerst heftigem Tone abgefaßter Text überschrieben ist: „Die Jagd auf die Belgier in Frankreich.“ Die Bevölkerung wird durch den Anschlag zum Besuch einer für Sonntag geplanten Protest-Versammlung eingeladen.

Frankreich.

Paris, 18. Oktober. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung betonte der Minister der öffentlichen Arbeiten Biette, die bestehenden Gesetze gestatteten dem Staate nicht, die Ausgaben der Bergwerke in Carmaux zu übernehmen. Der Deputierte Baron Reille, Präsident der Grubengesellschaft von Carmaux, erklärte sich hierauf bereit, die Minister Biette und Douhet als Schiedsrichter anzuerkennen. In Folge dieser Erklärungen wurde die Interpellation ohne Annahme einer Tagesordnung als geschlossen erklärt. Die Kammer beschloß sodann die Dringlichkeit des vorerwähnten Zeit eingebrachten Antrags auf Revision der Bergverordnungen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, Douhet werde das Schiedsrichtertum zwischen der Grubengesellschaft und den Bergarbeitern von Carmaux annehmen.

Paris, 18. Oktober, Abends 10 Uhr. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Douhet hat

Einnahme von Zinseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiemens, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Heint. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

das Amt eines Schiedsrichters zwischen der Bergvergesellschaft von Carmaux und den anständigen Bergarbeitern angenommen. Man erwartet die Zustimmung beider Theile zu dem Schiedsrichter und damit eine baldige Beendigung des Ausstandes.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Mozambique vom heutigen Tage ist Wilkman's Expedition Anfang September in Schifffahrt angelangt. Wegen Trockenheit des Flusses war die Expedition nur langsam vorgeht.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Oktober. Der Reichstag ist gestern vom König Oskar mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher darauf hingewiesen wird, daß der Reichstag wegen der Frage der Armeereorganisation zu einer außerordentlichen Session, welche voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein werde, einberufen worden ist. Der neue Reorganisationsvorschlag sei auf derselben Grundlage aufgebaut, wie der frühere, auch die Kosten übersteigen nicht diejenigen der früheren Vorlage. Am Schluß forderte der König die verschiedenen Parteien auf, alle Parteifreizügigkeiten ruhen zu lassen.

Der für die Durchführung der Armeereorganisation erforderliche Betrag beläuft sich auf 6,700,000 Kronen pro Jahr und soll nach den Vorschlägen des Finanzministeriums durch Erhöhung der Steuern auf den Tabakwerth der Landgüter, durch eine besondere Grund- und Einkommensteuer und endlich durch eine Erhöhung der Stempelsteuer aufgebracht werden.

Die bevorstehenden Debatten im Stockholmer Reichstag sieht man auch außerhalb Schwedens mit besonderem Interesse entgegen. In Schweden selbst hat die Vertheiligungsbewegung fast alle Kreise ergriffen; Jedermann ist sich darüber klar, daß Opferwilligkeit und rüstige Arbeit von Nothen ist, wenn in naher Zukunft all das eingeholt werden soll, was während mehrerer Jahrzehnte vernachlässigt worden. Vor Allem aber wünscht man dessen sicher zu sein, daß die Regierung wirklich auf der Höhe der ihr zufallenden großen Aufgabe stehe, und daß die Millionen, welche ihr zur Verfügung gestellt werden, ihre zweckmäßige Verwendung finden. Sollte die Regierung keine solchen Garantien bieten, so werden ihre Vermählungen dem außerordentlichen Reichstag gegenüber erfolglos bleiben. Wenn man bedenkt, daß während einer Reihe von Jahren gegen 30 Millionen Kronen jährlich für Vertheiligungszwecke ausgeworfen wurden, Meer und Flotte aber nach den offenherzigen Erklärungen hervorragender Fachmänner — nichtsdestoweniger in sehr unzulänglicher Weise entwickelt sind, so daß ihnen für die Schutzwaffe des Landes nur sehr geringer Werth beigemessen werden kann, so wird man es sehr begreiflich finden, daß die Steuerzahler in dieser Richtung misstrauisch geworden sind.

In einer der größten und angesehensten Zeitungen Schwedens, „Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning“, ist dieser Tage eine Reihe von hochinteressanten Artikeln erschienen, welche sich in eingehender Weise mit dieser Frage beschäftigen. Der Verfasser lenkt zuerst die Aufmerksamkeit darauf, daß Schweden jährlich ungefähr 33 Prozent seiner Einnahmen auf Meer und Flotte verwendet (laut dem Budget 1892 für das Meer 23,108,000 Kronen, für die Flotte 8,528,200 Kronen). Das Land wird für diesen Zweck schwerlich größere materielle Opfer bringen können. Das Heil, meint der Verfasser, liegt ausschließlich in der Möglichkeit eines vollständigen Zusammengehens mit Norwegen, d. h. darin, daß die beiden Staaten, welche die Union bilden, ihre Vertheiligungsgesetze in vollständigem Einklang unter einander entwickeln, so daß der gemeinsame Vertheiligungsplan für die beiden Königreiche auf einem durchaus einheitlichen System zu begründen wäre. Auf diese Weise würde es möglich sein, jährlich ungefähr fünfzig Millionen Kronen für die Unionisflotte auszuwerfen, welcher sich dann die Aussicht eröffnen würde, nach Verlauf einiger Jahre der dänischen Flotte ebenbürtig zu werden, die gegenwärtig nicht nur durch ihre zahlreichen und größeren Schiffe, sondern auch durch ihre weit besser gelittenen Mannschaften der schwedischen Flotte bedeutend überlegen ist. Der Verfasser macht nebstbei darauf aufmerksam, daß die schwedische Flottenstation Karlskrona eine sehr unvorteilhafte Lage hat, während die dänische Flotte, in Kopenhagen versammelt, in jedem Augenblick im Stande ist, ein Heer von 40,000 Mann nach Schweden überzuführen; überdies herrscht sie die ganze schwedische Westküste. Es wäre deshalb, nach der Ansicht des Verfassers, unbedingt notwendig, den größten Theil der schwedischen Flotte von Karlskrona nach Gothenburg zu verlegen. Gegenüber dem mächtigen östlichen Nachbar, Rußland, wäre dagegen geboten, einerseits Stockholm in eine feste Festung umzuwandeln, andererseits für einen eventuellen energischen passiven Widerstand im hohen Norden Sorge zu tragen, insbesondere Alles schon in Friedenszeiten vorzubereiten, um sämtliche Eisenbahnbrücken der gegen Norden gehenden Linien in jedem Augenblick zerbrechen zu können und die rechtzeitige Konzentration des ungefähr 60,000 Mann zählenden schwedischen Heeres zu ermöglichen.

Rußland.

Moskau, 18. Oktober. (W. T. B.) Auf dem baltischen Polytechnikum ist das Russische als Geschäftssprache der Kanzlei vorgeschrieben worden. Die Unterrichtssprache bleibt an dieser Lehranstalt vorläufig noch das Deutsche.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Oktober. Nach § 105d der Gewerbeordnung hat der Bundesrat diejenigen Bedingungen aufzustellen, unter denen in den Gewerbebetrieben an Sonn- und Festtagen die Arbeit in Zukunft gestattet werden kann, soweit nicht schon ohnehin die Bestimmungen des § 105c platzgreifen. Die Reaktion und Befestigung dieser Bedingungen hat umfassende Vorarbeiten erforderlich gemacht. Nach Ueberlegung derselben sind jetzt, wie die „Nat. Ztg.“ berichtet, im Reichsamt des Innern eingehende Entwürfe angefertigt worden, die zunächst an die einzelnen Bundesstaaten und die kaiserlich preussischen Regierungen zur Rückäußerung ge-

General-Depôt: Richard Horsch, Berlin NW 21.